

„Belogen und ausgetrickst“

Die entscheidende Abstimmung über die Gesundheitsreform wird zur Zitterpartie für die Große Koalition. Die eigenen Fraktionen hadern mit dem Gesetz. Weit mehr Abgeordnete als erwartet sind entschlossen, mit Nein zu stimmen.

Wenn sich die Gesundheitspolitiker der Bundestagsfraktionen diesen Mittwoch im Saal 1228 des Jakob-Kaiser-Hauses treffen, wird die Wiedersehensfreude klein sein. Allzu viele lang vertraute Kollegen sind auf mysteriöse Weise verhindert.

Medizinaldirektor a. D. Wolfgang Wodarg zieht es vor, einer parallel angesetzten Veranstaltung des Entwicklungsausschusses beizuwohnen. Der Pharmaexperte Eike Hovermann kündigt an, er werde „auf eine schöne Tasse Kaffee“ um die Ecke gehen. Auch der Gesundheitsökonom Karl Lauterbach lässt sich entschuldigen. SPD-Fraktionschef Peter Struck hat ihm bedeutet, er solle in dieser Woche „einfach mal die Schnauze halten“.

Es gilt, das laut Bundeskanzlerin Angela Merkel wichtigste Projekt dieser Legislaturperiode pannenfrei über die letzte Hürde zu hieven: das „Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung“. Am Mittwoch soll der zuständige Fachausschuss die mehr als 500 Seiten starke Drucksache durchwinken. Zwei Tage später steht die Abstimmung im Bundestag auf dem Plan. Die Spitzenpolitiker der Großen Koalition sind entschlossen, das elende Thema Gesundheitsreform endlich abzuhaken.

Bereits in der vergangenen Woche telefonierten die Fraktionschefs Struck und Volker Kauder die eigenen Leute ab, um eine möglichst große Mehrheit für das Gesetz zu organisieren. Kritikern wie Wodarg, Hovermann und Lauterbach wurde angeraten, sich bei der Vorabstimmung im Gesundheitsausschuss von zuverlässigen Jasagern vertreten zu lassen. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) nutzte jede sich bietende Gelegenheit, die „leider völlig unterschätzten Vorzüge“ des angeblichen Jahrhundertwerks anzupreisen.

Doch die Abgeordneten scheinen ihren Partei- und Fraktionsspitzen nur bedingt Gefolgschaft leisten zu wollen. Rechnet Ministerin Schmidt bislang mit allenfalls einem Dutzend Abweichlern, steht ihr plötzlich eine Zitterpartie bevor. Etwa 60 Koalitionsabgeordnete ließen intern durchblicken, bei der entscheidenden Sitzung am liebsten mit Nein stimmen zu wollen.

Der SPD-Linke Ottmar Schreiner will die Gesundheitsreform ebenso stoppen wie der konservative Finanzexperte Friedrich Merz. Ein CDU-Mittelstandspolitiker wie Peter Rauhen steht mit seiner ablehnenden Haltung in einer Reihe mit dem SPD-Gewerkschafter Willi Brase. Die Vertreter der „Jungen Gruppe“ in der CDU/CSU-Fraktion sind gemeinsam mit der SPD-Nachwuchskraft Andrea Nahles zu der Auffassung gelangt: Keine Reform wäre besser als diese.

Für die Große Koalition hat die Unzufriedenheit ein bedrohliches Ausmaß erreicht. Zwar rechnen die Fraktionsspitzen wegen der üppigen Zweidrittelmehrheit im Parlament nicht ernsthaft damit, dass die Abstimmung tatsächlich verloren gehen könnte. Doch schon ein Ergebnis mit mehr als 50 Gegenstimmen aus den eigenen Reihen käme einem Misstrauensvotum gleich, befürchtet ein Genosse aus dem Kabinett: „Der Glaube an unsere Handlungsfähigkeit wäre erschüttert.“

Tatsächlich geht es der Koalitionsspitze längst nicht mehr darum, die Probleme im Gesundheitswesen zu lösen. Seit den Beteiligten vor Monaten klar wurde, dass sich das Unionskonzept für eine Gesundheitsprämie und die SPD-Idee einer Bürgerversicherung nicht in Einklang bringen lassen, sollte vor allem ein Imageschaden für Bundeskanzlerin Merkel und Gesundheitsministerin Schmidt abgewendet werden. Es galt, sich zu einigen. Worauf auch immer.

Die parteiinternen Kritiker jedoch haben auch das eigene Wohl im Sinn: Sie möchten gern wiedergewählt werden. Schon bei einer Fraktionssitzung vor zwei Wochen stellte der SPD-Politiker Lauterbach die Vermutung auf, dass ein Zustandekommen des Gesetzes dem Ansehen der Kollegen weit abträglicher sein könnte als dessen Scheitern. „Das ist wohl die erste Reform, von der die Mehrheit schon bei der Abstimmung hofft, dass sie niemals umgesetzt wird“, so Lauterbach damals. Widerspruch regte sich nicht.

Tatsächlich gehen die wenigen erklärten Befürworter der inhaltlichen Auseinandersetzung lieber aus dem Weg. Selbst bei verschärftem Nachdenken ist es kaum möglich, der geplanten Reform noch einen positiven Aspekt abzurufen. Von den anfänglichen Zielen der Reform ist nach

monatelangem Geschacher so wenig übrig geblieben, dass höchsten Regierungsver-

tretern bemerkenswert oft das Prädikat „Mist“ herausrutscht – eilig ergänzt um die Bitte, sie auf keinen Fall namentlich zu zitieren.

Die von den Volksparteien zunächst gewünschte Abkopplung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten misslang. Mindestens 95 Prozent der Ausgaben sollen aus Zwangsbeiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden – ein glatter Widerspruch zum Koalitionsvertrag. Denn da war noch die Rede davon, die Lohnzusatzkosten „zur Förderung der Beschäftigung“ senken zu wollen.

Der ohnehin unterentwickelte Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Krankenkassen wird durch einen staatlich festgelegten Einheitsbeitrag weiter eingeschränkt; die Konkurrenz zwischen privaten Versicherungsunternehmen wird auf ein Mindestmaß begrenzt. Und der geplante Gesundheitsfonds (siehe Grafik) wird erst einmal nichts bewirken außer der Errichtung einer neuen Superbürokratie im Gesundheitswesen.

Zum Ende der monatelangen Verhandlungen blieben nur Minimalverbesserungen übrig – und selbst die wurden nach einer Schlussoffensive der Lobbygruppen wieder gestrichen. Das von der Koalition angepeilte Einsparziel der Reform schrumpfte in der vergangenen Woche von 1,8 Milliarden Euro auf 600 Millionen. „Ich habe noch nie gesehen, dass Parlamentarier so belogen, so getäuscht und ausgetrickst werden wie bei diesem Gesetz“, sagt SPD-Politiker Wodarg.

Das Urteil der Fachleute ist verheerend. Arbeitgeberlager wie Gewerkschaften verdammen das Gesetz unisono als Machwerk. Ärzte und Krankenkassen sind in seltener Eintracht ablehnend vereint. Von einer „Missgeburt“ spricht der Wirtschaftsweisen Bert Rürup.

Sogar mancher Experte im Gesundheitsministerium schüttelt verständnislos den Kopf. Das Verhältnis zwischen Ministerin Schmidt und ihrem Staatssekretär Klaus Theo Schröder gilt als angeknackst. Der Spitzenbeamte und frühere Krankenhausplaner liegt mit seiner Chefin in vielen fachlichen Fragen über Kreuz. Inzwischen

werden ihm sogar Abwanderungspläne nachgesagt, was die Ministerin freilich hart dementieren lässt.

Auch die Bürger lehnen die Reform Umfragen zu Folge mit überwältigender Mehrheit ab – so sie diese überhaupt verstehen. Kaum ein Abgeordneter glaubt deshalb ernsthaft, er könne das Krankenkassengesetz daheim im Wahlkreis als Erfolgsgeschichte verkaufen. „Es wäre ehrlich gewesen zu sagen: Wir lassen es“, sagt die Dresdner SPD-Abgeordnete Marlies Volkmer, die sich als Ärztin ganz besonders in der Verantwortung sieht, Schaden vom Gesundheitswesen abzuwenden.

Ohnehin lässt sich beobachten, dass die Unzufriedenheit mit dem Gesetz umso größer ist, je mehr ein Abgeordneter von der Sache versteht. Ein Gutteil der SPD-Gesundheitspolitiker will die eige-

ne Gesundheitsreform ablehnen – das hat es selbst in der von Skurrilitäten geprägten Sozialgesetzgebung nur ganz selten gegeben.

Auch wer von ökonomischen Zusammenhängen Ahnung hat, neigt dazu, das neue Gesetz zu verdammen. Nachdem bereits zum Jahreswechsel die Krankenkassensätze um durchschnittlich 0,6 Prozent des Bruttolohns anstiegen, stellt sich CSU-Wirtschaftspolitiker Hans Michelbach, selbst Unternehmer, auf den nächsten Beitragsschock ein. Als Vorsitzender der Mittelstands-Union könne er über eine Reform, die die Krankenversicherungsbeiträge entgegen allen Wahlversprechen auf ein neues Allzeithoch treibt, nur den Kopf schütteln.

Umso sorgfältiger präpariert gehen die Fraktionschefs Kauder und Struck in die entscheidende Sitzungswoche, um ihre

Leute doch noch zusammenzubringen. Längere Debatten in den Gremien soll es möglichst nicht geben. Sogar der Verzicht auf die sonst übliche Probeabstimmung in den Fraktionssitzungen am Dienstag wird erwogen.

Stattdessen bekamen alle Abgeordneten der Großen Koalition Argumentationshilfen zugeschickt – nach Fraktionen getrennt. Und so wird der angebliche Segensreichtum nun in zwei sehr unterschiedlichen Varianten angepriesen. Im Papier für die Unions-Abgeordneten ist vom „Einstieg in die Gesundheitsprämie“ die Rede. Den Genossen hingegen wird das glatte Gegenteil versprochen: der „Einstieg in die Bürgerversicherung“.

ALEXANDER NEUBACHER

Nein zur Reform

Die Argumente der Kritiker

JULIA KLÖCKNER UND MARCO WANDERWITZ (BEIDE CDU)
Vorsitzende der „Jungen Gruppe“ in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

„Wir wollten eine Gesundheitsreform, die auch den Interessen der jungen Menschen Rechnung trägt. Der jetzt gefundene Kompromiss erfüllt diese Bedingung leider nicht. Es fehlen wichtige Elemente für mehr Wettbewerb und Transparenz im Gesundheitswesen.“

Auch hätten wir den Wegfall der Versicherungspflichtgrenze und die volle Wahlfreiheit der Versicherten begrüßt. Aus diesen Gründen können wir der Reform nicht zustimmen.“

PHILIPP MISSFELDER (CDU)

Vorsitzender der Jungen Union:

„Die erneute Debatte um mögliche Steuererhöhungen zur Finanzierung des Gesundheitswesens zeigt, dass schon vor der Verabschiedung des Gesetzes die nächste Gesundheitsreform diskutiert wird. Das offenbart die ganze Absurdität. Ich stimme im Deutschen Bundestag mit Nein.“

KARL LAUTERBACH (SPD):

„Die Versicherten sind die Verlierer. Die gesetzlich Versicherten haben mit steigenden Beitragssätzen und in Zukunft auch mit Kopfpauschalen zu rechnen. Privatpatienten müssen weiterhin auf wirklichen Wettbewerb verzichten. Das ist wohl die erste Reform, von der die Mehrheit schon bei der Abstimmung hofft, dass sie niemals umgesetzt wird. Das ist frivol.“

FRIEDRICH MERZ (CDU):

„Die Einrichtung des Gesundheitsfonds ist der entscheidende strategische Schritt auf dem Weg zur Einheitskasse. Daher werde ich dem Gesetzentwurf nicht zustimmen, zumal ich, übrigens nicht als einziger Abgeordneter im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, immer noch erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Reform habe.“

PETER RAUEN (CDU):

„Dass am Anfang eine Erhöhung der Beiträge steht, ist für mich nicht akzeptabel. Wir brauchen dringend mehr so-

zialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Dieses Ziel wird durch diese Gesundheitsreform konterkariert.“

ANDREA NAHLES (SPD)

Vorstandsmitglied der Parlamentarischen Linken:

„Die Reform belastet Kleinverdiener, vor allem Rentner und Hartz-IV-Empfänger, überproportional. Die private Krankenversicherung hat die beste Lobbyarbeit in Berlin, und sie hat einen parlamentarischen Arm, der heißt CDU/CSU.“

WOLFGANG WODARG (SPD):

„Die Reform ist ein Frontalangriff auf unser Solidarsystem. Wer etwas für bedürftige Kranke tun will, wird im verschärften Kassenwettbewerb in Zukunft von Insolvenz bedroht. Das ist hinterhältige Politik auf dem Rücken chronisch Kranker. Ich habe noch nie gesehen, dass Parlamentarier so belogen, so getäuscht und so ausgetrickst werden wie bei diesem Gesetz.“

OLAV GUTTING (CDU):

„Der Patient erhält weiterhin keine Rechnung, die er ähnlich der Privatkrankenkasse einreicht. Ich werde gegen die Reform stimmen.“

HANS MICHELBACH (CSU)

Vorsitzender Mittelstandsunion:

„Ich bedaure, dass die SPD nicht bereit war, den beschäftigungspolitisch elementaren Weg einer Abkopplung der Krankheits- von den Arbeitskosten noch konsequenter zu beschreiten. Schlimm ist, dass die Lohnnebenkosten weiter ansteigen werden und die Arbeitskosten dadurch noch höher werden.“

WILLI BRASE (SPD):

„Wir brauchen unbedingt noch Zeit, um zu klären, ob wir die jetzt angepeilten Ziele überhaupt erreichen. Der Gesund-

heitsfonds macht keinen Sinn, wenn wir ihn nicht zusätzlich mit Steuermitteln bestücken. Ulla Schmidt hatte uns schon bei der letzten Gesundheitsreform versprochen, die Beiträge würden sinken. Und was ist passiert? Sie sind gestiegen.“

KARL-THEODOR

FREIHERR ZU GUTTENBERG (CSU):

„Aus ordnungspolitischen Gründen stimme ich gegen das Gesundheitsreformgesetz. Einzelne Maßnahmen sind für sich genommen akzeptabel, doch das Gesamtkonzept passt vorn und hinten nicht zusammen.“

OTTMAR SCHREINER (SPD):

„Die Reform bedeutet den Einstieg in die Kopfpauschale, die wir immer verhindern wollten. Da wird eine Tür geöffnet. Das ist ein Paradigmenwechsel, den ich nicht mittragen kann.“

STEFAN MÜLLER (CSU):

„Mit dieser Reform verstreicht wieder eine Gelegenheit, unser Gesundheitssystem auf die Veränderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft auszurichten. Die Probleme der Krankenhäuser werden mit dieser Reform ebenso wenig gelöst werden wie die berechtigten Existenzfragen der niedergelassenen Ärzte, mittelständischer Medizintechnikunternehmen oder handwerklicher Gesundheitsberufe.“

LOTHAR MARK (SPD):

„Der Gesundheitsfonds erzeugt unnötige Bürokratie; ein bestehendes funktionierendes System wird zerschlagen. Wenn es so ist, dass Union und SPD nach der nächsten Wahl ohnehin ihr eigenes Kon-

zept durchsetzen wollen, hätte man diesen Zeitraum auch überbrücken können. So passt das alles nicht zusammen und ist unseriös.“

EIKE HOVERMANN (SPD):

„Das vorliegende Gesetz löst keine strukturellen Probleme, sondern schafft neue. Die Selbstverwaltung wird ausgehöhlt und tagespolitischen Interessen unterworfen, die Regulierung nimmt zu, kreativer Wettbewerb wird eliminiert. Die Finanzierung wird weiter von der Kassensituation abhängig sein und Ausgrenzung von Leistungen, Erhöhung von Zuzahlungen bewirken. Es wäre gut und edel, würden wir die Sache zurückziehen.“

MARLIES VOLKMER (SPD):

„Der Gesundheitsfonds in der gegenwärtigen Form löst die Finanzierungsprobleme nicht. Ohne weitere Steuermittel werden die Kassenbeiträge weiter steigen, was unserem Ziel widerspricht, die Lohnzusatzkosten wenigstens stabil zu halten. Das Finanzierungsproblem im Gesundheitswesen ist in dieser Konstellation in der Großen Koalition nicht zu lösen. Anstatt diese Reform zu verabreden, wäre es ehrlich gewesen zu sagen: Wir lassen es.“